

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Gernot Erler MdB zum Bonner Umgang mit dem Störfaktor Massenzuwanderung: Ein Zusammenhang - Asylrecht und neue Ostpolitik.

Seite 1

Ulla Schmidt MdB zur Schutzfunktion des Staates für die konventionelle Lebensgemeinschaft: Die Ehe ist vor allem eine private Angelegenheit.

Seite 5

Dokumentation

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die deutschen Schriftstellerverbände und P.E.N.-Zentren gegen die rechtsextreme Gewalt in Deutschland gewandt: "Den Ernst der Lage begreifen und entsprechend handeln." Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 104

3. Juni 1993

Ein Zusammenhang: Asylrecht und neue Ostpolitik Zum Bonner Umgang mit dem Störfaktor Massenzuwanderung

Von Gernot Erler MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe GUS der SPD-Bundestagsfraktion

Die Würfel sind gefallen. Deutschland hat sein Asylrecht geändert, ausdrücklich mit dem Ziel einer besseren Lastenverteilung in Europa. Diese Lastenverteilung erfolgt nicht gleichmäßig und nicht gleichzeitig. Noch sind Schengen und Dublin gar nicht ratifiziert, was Voraussetzung für Flüchtlingsrückschübe zu westeuropäischen Nachbarn wäre. Der Polen-Vertrag vom 7. Mai 1993 in Verbindung mit der Grundgesetzänderung vom 26. Mai 1993 erlaubt dagegen, ab dem 1. Juli dieses Jahres Flüchtlinge in großer Zahl über die polnische Grenze zurückzuschieben: bis zu 10.000 noch in diesem Jahr, ohne vertragliche Obergrenze ab 1994. In Warschau hat man registriert, daß die europäische Mittelmacht Deutschland als erstes eine Lastenverteilung mit dem ökonomisch schwachen Polen erwirkte. Am selben Tag, an dem der Bundestag das Grundgesetz in Sachen Asyl änderte, mißbilligten im Sejm 162 Abgeordnete den Regierungsbericht zum Deutsch-Polnischen Vertrag (bei 120 Zustimmungen und 77 Enthaltungen). In Verbindung mit dem Vertrag war die Rede von Sanktionierung deutscher Vorherrschaft über Polen und Degradierung Polens zu einem Pufferstaat.

"Erwirken" trifft den Kern. Weder Polen noch Tschechen können sich wehren gegen das deutsche Ansinnen, in europäischer Solidarität Flüchtlinge aufzuhalten oder zurückzunehmen, die eigentlich in die Bundesrepublik wollen. Schließlich streben unsere Ost-Nachbarn auch etwas an, wofür sie deutsche Hilfe brauchen: die Eintrittskarte in die EG. Und Bonn bezahlt das östliche Entgegenkommen in DM, z.B. mit erst einmal 120 Millionen an Polen, um dort Lager für Flüchtlinge bauen zu lassen und bessere Grenzsicherungen zu installieren. Das Geschäft ist nicht ungünstig für Bonn: Wenn es stimmt, daß die deutschen Jahreskosten zur Bewältigung der Zuwanderung bei 35 Milliarden DM liegen, wie häufig behauptet wird, mehr als ein Viertel aller Flüchtlinge aber über Polen kommen, dann erscheint die Kontrolle dieses Zugangs für 120 Millionen DM sehr preiswert. Leider ist aber nicht zu erwarten, daß die Flüchtlinge rasch auf die Schließung der polnischen Tür nach Westeuropa reagieren und auf andere Wege ausweichen - auf welche auch? Sie werden weiter kommen und notfalls in Polen steckenbleiben. Schließlich ist auch dort die Versorgung längst besser als in den Regionen, aus denen sie aufgebrochen sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Freiwiliger Umgang
mit unseren Rubriken
Bitte Druckfertig



Die EG als Köder

Deswegen bleibt weder Polen noch Tschechen etwas anderes übrig, als auf die deutsche Asylrechtsänderung mit einer Abdichtung ihrer Ost- und Südostgrenzen zu reagieren. Es gelang zwar dem polnischen Außenminister Skubiszewski, das Ansinnen der Christnationalen abzuwehren, den Visumszwang für alle östlichen Nachbarn Polens einzuführen, aber eine Verschärfung der Einladungsvorschriften (bis hin zur Kostenübernahme des Einladers für eine eventuelle Zwangsrück-schiebung) ist schon beschlossene Sache. Das deutsche Geld und die deutsche Technik sollen helfen, die Ostgrenzen undurchlässiger zu machen. Resigniert stellte Europaminister Bielecki fest, wenn der Preis für eine offene Westgrenze eine geschlossene Ostgrenze sei, dann müsse man ihn eben zahlen.

Was bekommt Polen eigentlich für dieses Opfer? Im Augenblick gar nichts, wenn man einmal von den bescheidenen vertraglichen Leistungen absteht. Im Gegenteil: Derzeit behandelt der Westen auch die osteuropäischen Republiken, denen er den raschestmöglichen Zugang zur Europäischen Gemeinschaft versprochen hat (also Polen, Tschechische und Slowakische Republik, Ungarn) geradezu brutal egoistisch. Das Beispiel Polen spricht für sich. Das Handelsdefizit zur EG ist inzwischen auf 1,4 Milliarden Dollar aufgelaufen, nur ein Prozent der EG-Gesamteinfuhren stammt aus Polen, zuletzt wurden mit fragwürdigen Begründungen polnische Fleischimporte in den Westen eingeschränkt, Stahlimporte wehrt man mit Dumping-Vorwürfen ab und zuletzt schob man die deutsche Ratifizierung des EG-Assoziationsabkommens hinaus, auch weil deutsche Ärzte die Niederfassung polnischer Kollegen fürchten. Überall verzeichnen wir angesichts der Konjunktur- und Strukturkrise Westeuropas Rückfälle in protektionistische Gemeinheiten. Schon werden in Polen Zweifel an den Versprechungen laut, die aus dem Westen kommen, sich derzeit aber an den ökonomischen Realitäten brechen. Mit anderen Worten: Das einzige, was Polen und Tschechen für ihre Mitübernahme der Zuwanderungslasten erhalten, ist ein vager Wechsel auf die Zukunft. Mit der zwangsweisen Abdichtung ihrer Ostgrenzen und den wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme müssen sie aber sofort fertig werden.

"Festung Europa"

Und das wird nicht leicht sein. Keiner sollte das besser wissen als wir Westeuropäer. Sind wir doch dabei, auf dem Wege vom Binnenmarkt bis zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die Grenzen aufzuheben, sie durchlässig zu machen für den freien Verkehr von Menschen, Waren, Kapital und Dienstleistungen. Weil wir begriffen haben, daß nur ein großer, integrierter Wirtschaftsraum im weltweiten Konkurrenzkampf bestehen kann, gehen wir diesen Weg, zwar mühsam uns über die eine oder andere Maastrichter Hürde quälend, aber entschlossen.

Die Massenzuwanderung ist dabei ein Störfaktor. Wir lösen das Problem jetzt nicht nur in Bonn, sondern synchron in allen Staaten der zentraleuropäischen Wohlstandsregion genauso wie die Herausforderung osteuropäischer Billigimporte nach der Methode: Tore zu und Zugbrücke hoch vor der Festung Europa.

Unsere osteuropäischen Nachbarn haben inzwischen begriffen, welches Spiel läuft. Man hat freundliche EG-Assoziationsverträge aufgeschrieben, aber nicht vergessen, das für sie Wichtigste auszuklammern - den Zugang zu den westlichen Märkten für die Produkte, bei denen Osteuropa konkurrenzfähig ist: Kohle, Stahl, Textilien, Bekleidung und Agrarerzeugnisse. Der Westen schickt humanitäre, technische und Beratungshilfe, läßt die Nachbarn aber nicht selber Devisen verdienen mit dem, was sie herstellen können, was zweifellos die beste Hilfe wäre. An der Ostgrenze der EG wird ein "Cordon sanitaire" aus den Staaten errichtet, die hoffen dürfen, später einmal als erste in die Wohl-

standsfestung mitaufgenommen zu werden. Dafür müssen sie aber heute schon helfen, den Störfaktor Massenzuwanderung auszuschalten.

Der neue "Limes-Ost"

Die Ostgrenze der EG läuft weiter zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn hindurch, aber an den Ostgrenzen von Polen und der Tschechischen Republik wird ein neuer Limes-Ost aufgeworfen. Alles, was dahinter liegt, erfährt eine definitive Ausgrenzung: Das werden die Balten merken, die Weißrussen, Ukrainer und Russen. Die Slowaken erfahren jetzt, daß die Erfüllung ihres Eigenstaatlichkeitsraumes mit einem Zutrittsverbot zu dem Bahnsteig Richtung Westen verbunden ist - der Limes-Ost wird sie vor ihrer Haustür von ihren tschechischen Verwandten trennen, mit denen sie seit 1918 zusammenlebten. Die Ungarn stehen ratlos vor dem Dilemma, daß sie zwar ökonomisch und politisch wie Polen und Tschechen in die Gruppe Eins der EG-Kandidaten gehören, aber schlecht ihre Türen nach Rumänien verammeln können, weil dort fast zwei Millionen Ungarn leben. Wenn sie das Problem nicht lösen, werden die Österreicher den "Cordon sanitaire" vor ihrer Nase dicht machen. In ohnehin chancenloser Ausgrenzung werden sich Rumänien und Bulgarien als die derzeit wichtigsten Ausgangsländer europäischer Flüchtlingsströme wiederfinden.

Der Bau des "Limes-Ost", die ganze Wiedererrichtung kaum durchlässiger Republikgrenzen in Osteuropa, forciert durch die bilateralen Asyl-Verträge mit der Bundesrepublik, all das wird verhängnisvolle Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region haben. Denn die Enttäuschungen über die EG und die Erkenntnis, daß der Westexport allein den Volkswirtschaften nicht aus der Krise helfen kann, haben längst zu der Einsicht geführt, daß der ost- und südosteuropäische Wirtschaftsraum wieder stärker untereinander kooperieren muß. Solange der Leistungsabstand zum Westen noch zu groß ist und die EG angesichts der Konjunkturlage die protektionistischen Zügel anzieht, bleibt nichts anderes übrig, als die Entwicklungschancen einer Art "Wirtschaftsgemeinschaft Ost" stärker zu nutzen. Selbst die schärfsten Kritiker des einstigen COMECON mit seiner einseitigen Bevorzugung der sowjetischen Führungsmacht nehmen heute an Konferenzen teil, die nach einer neuen Basis für einen verstärkten Warenaustausch unter den ehemaligen COMECON-Ländern suchen - natürlich ohne jede Dominanz und nicht auf Rubelverrechnungsbasis.

Für diese Bemühungen ist die Abschließung der Grenzen ein Desaster. Die Erholung der kranken osteuropäischen Ökonomien, die alle in einem krisenhaften Transformationsprozeß stehen, rückt in weite Ferne. Und daraus ergibt sich ein verhängnisvoller Zirkelschluß: Je kränker die Volkswirtschaften, desto höher die Fluchtbereitschaft (man schaue auf die Wanderungsstatistik aus Rumänien und Bulgarien), desto höher auch der Druck, Zäune zu ziehen und Mauern zu bauen, die selber wiederum einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region behindern!

Uns kann das nicht egal sein. Aus mehr als einem Grund muß Deutschland an einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Ost- und Südosteuropa Interesse haben. Es geht nicht nur um die Notstands-Migration, vor deren Anwachsen wir trotz aller bilateralen Absicherungen Angst haben müßten. Es geht auch um die langfristige Prosperität der bundesdeutschen Export-Gesellschaft, die sich ohne aufnahmefähige Märkte im Osten kaum sicherstellen läßt. Wir sollten also darüber nachdenken, wie die schlimmsten Folgen der jetzigen Entwicklung für unsere östlichen Nachbarn durch eine neue Ostpolitik abzuwenden sind. Gerade weil die Bundesregierung den Weg geht, den Zugang zu Deutschland durch erzwungene Grenzabsicherung im Osten mit den beschriebenen Folgen für die Wirtschaften der Transformationsgesellschaften zu erschweren, müssen aus Deutschland Vorschläge kommen, wie diesen negativen Begleiterscheinungen begegnet werden kann. Bisher gibt es solche Vorschläge nicht.

Ansätze eines Schadens-Containments

Stichwortartig soll aber hier angegeben werden, in welcher Richtung sich ein solches Schadens-Containment bewegen müßte. Es berührt drei Handlungsebenen: die europäische Asylpraxis, die Unterstützung der Integration des innerosteuropäischen Wirtschaftsraumes und den Abbau protektionistischer Hürden am Ostrand der EG:

- 1) Die Bundesrepublik hat sich per Gesetzesbeschluß in die komfortable Situation eines Landes versetzt, das einzig von "sicheren Drittstaaten" umgeben ist, in die der Rückschub von Flüchtlingen zur Regel wird. Es wäre fahrlässig, die eigenen Bemühungen um eine europäische Zuwanderungsregelung angesichts dieses "Erfolges" jetzt zu verlangsamern. Anzustreben ist vielmehr eine westeuropäische Vereinbarung, die nicht nur eine faire Lastenverteilung untereinander garantiert, sondern auch die osteuropäischen Interessen einbezieht. Jene Ventilfunktion, die in dem Deutsch-polnischen Abkommen vom 7. Mai angelegt ist, muß ausgebaut werden: Ein Flüchtlings-Überdruck auf die polnisch-tschechischen Westgrenzen darf nicht allein der Technik des Grenzschutzes zur Lösung überlassen werden, sondern muß eine westeuropäische Bereitschaft zur anteiligen Übernahme der Flüchtlinge auslösen. Wird eine solche verlässliche Ventil-Funktion installiert, verringert sich der Druck zum Aufbau des "Limes-Ost". Ergänzend dazu wäre ein innerosteuropäisches Lastenverteilungssystem zu unterstützen, das die Konzentration der Kosten auf einige Transitländer aufhebt und ebenfalls der Tendenz zur Abdichtung von Republikgrenzen entgegenwirken würde.
- 2) Die Wiederherstellung einer besseren Integration des innerosteuropäischen Wirtschaftsraumes ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Länder selbst. Der Westen kann dabei aber durch die Ausrichtung seiner Wirtschafts- und Beratungshilfe Unterstützung leisten. Eine Schlüsselfunktion spielt hierbei angesichts der Schaffung von neuen, untereinander nicht immer korrelationsfähigen nationalen Währungen der Verrechnungsmodus. Die Bildung eines osteuropäischen ECU könnte eine Lösung bieten, die aber ohne Hilfe von außen scheitern müßte. Ebenso vorrangig ist es, Rußland bei der Rekonstruktion seiner Rohstoff-Förderung zu helfen, damit über den Export von devisa-bringenden Bodenschätzen dort jene Kaukraft entsteht, die den innerosteuropäischen Warenverkehr wiederbeleben kann.
- 3) Die protektionistischen Hürden am Ostrand der EG müssen rascher abgebaut werden, als es die Assoziationsverträge mit den osteuropäischen Ländern vorsehen, und dürfen nicht noch durch populistisch inspirierte Zusatzerschwernisse erhöht werden. Nur so erhalten die Ostländer, die nicht wie Rußland über exportfähige Bodenschätze verfügen, eine Chance, sich selber dringend benötigte Devisen zu verdienen. Der Westen muß die Politik aufgeben, einzelne mittel- und osteuropäische Staaten (bisher Polen, Tschechische und Slowakische Republik, Ungarn) durch EG-Beitrittsversprechungen, die in ihrer Zeitplanung unseriös sind, an sich zu binden und dafür auch noch Opferleistungen, wie jetzt in der Asylfrage, abzuverlangen. Die Zukunft liegt nicht in der Assoziation des reichen und der Ausgrenzung des armen Osteuropa, mit einer bewaffneten Grenze zwischen beiden. Unsere gemeinsame Zukunft in Europa hängt vom Gelingen der Transformation in ganz Osteuropa einschließlich Rußlands ab. Unsere Politik muß dafür sorgen, daß es einen fairen Interessensausgleich zwischen der EG und einem organisierten Wirtschaftsraum Osteuropa als handlungsfähigem Partner geben wird.

Es gibt diesen Zusammenhang von Asylrechtsänderung und der Verantwortung für eine neue Ostpolitik. Wenn die deutsche Politik diese verpflichtende Verbindung nicht erkennt, muß sie sich vorhalten lassen, daß sie die Mauer im eigenen Land nur einreißen ließ, um eine noch größere und trennendere weiter östlich bauen zu lassen.

(-/3. Juni 1993/rs/ks)

Die Ehe ist vor allem eine private Angelegenheit
Zur Schutz-Funktion des Staates für die konventionelle Lebensgemeinschaft

Von Ulla Schmidt MdB
Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-
Bundestagsfraktion

Der Schutz von Ehe und Familie wurde erstmals in der Weimarer Verfassung (Artikel 109) grundrechtlich verankert. 1919 wie auch 1949 prägte das christliche Eheverständnis das Bild der bürgerlichen Ehe. Vorausgesetzt wurde, daß die Ehe im Hinblick auf den erhofften Kindersegen eine zwingende Voraussetzung ist. Ehe und Familie waren daher ein naturrechtliches Gebilde, das ohne Alternative konstituierend für die gesellschaftliche Ordnung und für den Staat sind.

Die damit verbundene kulturelle, soziale, historische und juristische Tradition entspricht aber nur noch bedingt der heutigen Lebenswirklichkeit. Die "lebenslange Ehe" ist nur eine Form des Zusammenlebens. Für diese Tatsache sprechen nicht nur die relativ hohe Scheidungsquote, sondern auch der Wunsch, alternative Lebensformen leben zu können. Immer mehr Menschen leben allein, allein mit Kindern oder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Es ist nicht der Verzicht auf gemeinsames Zusammenleben, es sind die Formen des Zusammenlebens, die sich geändert haben. Fast jede Frau und jeder Mann haben in ihrem Leben schon in unterschiedlichen Lebensgemeinschaften gelebt und deren unterschiedliche Bewertung erfahren - gesellschaftlich, rechtlich und steuerrechtlich.

Die Ehe ist zwar eine Rechtsinstitution, aber vor allem eine private Angelegenheit. Hieraus eine besondere Schutzwürdigkeit abzuleiten, wie sie zum Beispiel durch die Steuergesetzgebung zum Ausdruck kommt, ist nur schwer nachvollziehbar. Dennoch gibt es gute Gründe die Ehe zu schützen. So kann die Abschiebung von ausländischen Ehefrauen und Ehemännern, die keine Kinder haben, unter diesen Umständen verhindert werden. Insofern ist der Schutz der Ehe in Artikel 6 Grundgesetz für das Ausländerrecht ebenso sinnvoll wie die Regelungen im Erbrecht oder gar das Zeugnisverweigerungsrecht. Diese grundsätzlich schützenswürdigen Interessen müssen aber auch für andere auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften gelten.

Eine vorrangige Aufgabe des Staates sollte sein, diejenigen zu schützen und ihnen Hilfe anzubieten, die in häuslicher Gemeinschaft Kinder erziehen. Die Erziehung von Kindern, die überwiegend von Frauen geleistet wird, ist mit erheblichen Verzichten im privaten und beruflichen Bereich verbunden. Kinder bringen Freude und sind die größte Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Hier ist der Staat gefordert: in der Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik.

Das überparteiliche Frauenbündnis "Jetzt oder nie - Frauenrechte in die Verfassung" fordert daher folgende Ergänzung des Artikel 6: "Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder notwendige Pflege leistet, ist durch die staatliche Ordnung zu schützen und zu fördern. Der Staat schafft die Möglichkeit für Frauen und Männer, Familienaufgaben mit Erwerbstätigkeit und Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren."

Eine Ergänzung des Grundgesetzes in diesem Sinne schafft die Grundlage für ein Leben mit Kindern, mit alten und behinderten Menschen. Das Miteinanderleben und Fürsorge sollte daher unabhängig von institutionellen Lebensformen und Verwandtschaftsbeziehungen in den Schutzbereich des Artikel 6 Grundgesetz einbezogen werden.

(-/3. Juni 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Den Ernst der Lage begreifen und entsprechend handeln"

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die deutschen Schriftstellerverbände und P.E.N.-Zentren gegen die rechtsextreme Gewalt in Deutschland gewandt. Der Wortlaut:

Die Schriftstellerverbände in Deutschland und der Freie Deutschen Autorenverband (FDA), der Verband deutscher Schriftsteller (VS) sowie die deutschen P.E.N.-Zentren sind entsetzt über die nicht abreißende Kette von Attentaten auf unsere ausländischen Mitbürger in Deutschland.

Sie müssen mit Trauer und Zorn erkennen, daß die bisherigen Maßnahmen der politisch Verantwortlichen im Bund und in den Ländern nicht ausreichen, nazistische Mordbrennerei in unserem Land zu verhindern. Sie fordern alle Parteien im Bundestag, alle Verantwortlichen in Bund, Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden auf, ihre grundgesetzliche Verpflichtung ernst zu nehmen, die Würde des Menschen - jedes Menschen! - zu verteidigen und den Rechtsradikalismus in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Im einzelnen fordern die Schriftstellerverbände:

- der immer noch vorhandenen Verharmlosung dieser Gewalttaten und Morde Einhalt zu gebieten;
- den ausländischen Mitbürgern, vor allem ihren hier geborenen Kindern, den Erwerb auch der deutschen Staatsbürgerschaft möglich zu machen;
- durch deutliche Interpretation klarzustellen, daß der im Bundestag beschlossene Asylkompromiß keinesfalls politisches Asyl ausschließt,
- vor allem,
- daß die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte von niemandem angetastet oder aufgebrochen werden dürfen, sondern verteidigt werden müssen.

Die Schriftstellerverbände appellieren deshalb an alle Mitbürger, an die Medien und alle politisch Verantwortlichen, den Ernst der Lage zu begreifen und entsprechend zu handeln. Wo ein mühsamer Einigungs- und Demokratisierungsprozeß, wo Freiheit, Demokratie und Menschenwürde von politisch motivierten Mördern gezielt unterhöhlt werden, reichen Lichterketten allein nicht aus. Es ist unser aller Pflicht, mit Wort und Tat einzuschreiten, gegen jeden Anschlag auf Leib, Leben und Würde eines jeden Mitmenschen.

Wenn die Bundesanwaltschaft jetzt nicht mit allzu ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Gewalttäter und ihre ideologischen Wegbereiter von Mölln, Rostock, Solingen und anderswo angeht, wird man von Amtspflichtverletzung sprechen müssen.

Es geht um grundsätzliche Menschenrechte. Es kann nicht angehen und darf nie und nimmer auch nur so scheinen, daß Deutsche im Ausland als Gäste willkommen sind, Ausländer in Deutschland aber als "Fremde" stigmatisiert, attackiert oder gar ermordet werden.

**VS Verband Deutscher Schriftsteller
Freier Deutscher Autorenverband
P.E.N.-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland
P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland
Romanl P.E.N.-Zentrum in Deutschland
Deutsches P.E.N.-Zentrum (Ost)**

(-/3. Juni 1993/rs/ks)
